



Dokumente

Thesen

Erklärungen

Stellungnahmen

Analysen

aus:

Plenartagungen des Zentralkomitees

Januar 2025



**Arbeiterbund für den
Wiederaufbau der KPD**

DIE BRANDGRANATE IST GEZÜNDET ODER AUS WAS BESTAND DIE „BRANDMAUER“ GEGEN AfD UND DEUTSCHEN FASCHISMUS

Man müsste sich nur an das Völkerrecht, an das Potsdamer Abkommen halten und es gäbe nicht den Ansturm des Faschismus und seines aggressivsten Monopol-Kapitals darin. Noch eine AfD, die sich immer grössere Teile aus dem reaktionären Bürgertum im Bundestag wünschen, um ihre Aggressions-Kriege gegen die Völker im Osten oder in anderen Teilen der Welt zu einem profitablen Geschäft zu machen und ihr Privateigentum im Raub fremden Eigentums von Ländern zu erhalten bzw. den Krieg sich profitabel zu machen und die Kosten darin, nicht zuletzt im eigenen Staatshaushalt, zu verkleinern und den dadurch gegebenen „Schulden-Berg“ zu verkleinern.

Nicht allein wie zu erwarten – und nur die Frage dem klassenbewussten Arbeiter gestellt war – wann wird die Handgranate gegen die Farce einer „Brandmauer“ gegen den Faschismus im Parlamentarismus gezündet und geht hoch (eben wenn im Bundesstag ein „Gedenken“ an seinen deutschen Mord, an die ermordeten Juden stattfindet). Was seit mehreren Jahren in einzelnen Landtagen – wie insbesondere in den Gebieten der annektierten DDR – offensichtlich wurde und auch längst von den alten bürgerlichen reaktionären Parteien praktiziert wurde, hat jetzt Berlin erreicht. Der Antrag der CDU/CSU, mit voller Unterstützung der FDP und der mit der Zustimmung der AfD seine knappe Mehrheit erhielt, ist eben nicht der Anfang wie man die offene Reaktion und Faschisten salonfähig macht und erneut Teile von ihnen in die CDU/CSU eingliedert - um sich Mehrheiten zu sichern.

Und wie unter den Nazis in der Weimarer Zeit – eine gegebene Blaupause – ist es die Verfolgung von Menschengruppen, ist es der Chauvinismus, der längst zum offenen Rassismus mutiert – das ist die Zündschnur der Handgranaten im bestehenden Parlamentarismus, wie eben auch ihr Kampf, Menschen aus dem deutschen Volk und Staatsbürger in den Faschismus und in den weiteren Krieg des Völkermords zu bewegen – und der Gier darin, sich der Beute in und an den Ländern zu versichern, in

denen sich das Proletariat erst noch aus der Niederlage gegen ihre ureigensten Ausbeuter und Rassisten im Bruderkrieg in der Revolution erneut erheben muss. Und der vorliegende Gesetzesentwurf gegen die Menschen, die vor ihren Kriegen aus ihren Ländern flüchten, betrachtet sie als „minderwertiges Menschenmaterial“ die man dem Tod weihen kann. Wie zugleich ihre Abschiebung – wohin eigentlich – eben in ein Leben, wo der Tod näher ist als das Leben und die Menschenjagd per Gesetz jetzt gegen den Bürger im eigenen Land bis in jede Stadt kommen soll. Darin sind sich die bürgerlich-reaktionären Parteien bis eben zu Grünen und der SPD mehr oder wenig einig, da hat die AfD Hochkonjunktur und ist längst vereinnahmt von der oder den „konservativen“ Parteien in der Gesetzes-Verabschiedung im Parlament.

Worin also wird da aus der Geschichte, wie kamen die NAZI zur Macht, gelernt? Eben darin, dass die nationalistischen, reaktionären bürgerlichen Parteien selbst ihnen den Boden bereiten, um darin ihr Regieren zu sehen. Das Wort der „Mitte“ war und ist eines des längsten Betrugs in der BRD, um den Klassencharakter, der jede Partei bestimmt, zu verschleiern – und dem sich daraus ergebenden Klassenkampf des Proletariats gegen die „Machtverhältnisse“ zu seinen Gunsten in der kapitalistischen Form des Regierens entgegen zu stellen. Dieser Betrug am demokratischen Bürgertum, an der Minderheit mit ihrer Antifaschistischen Haltung, wie ihr darin gegebener Versuch, sich feindlich gegenüber der Klasse zu verhalten und zu stellen, die die einzige Klasse im Imperialismus ist, die sie ernährt und ihren Wohlstand aus der Arbeiterausbeutung, aus der Arbeit der Arbeiter sichert.

Der Faschismus zeigt sich im Regieren und den Krieg beginnend in der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, also unter den Arbeitern, deren Arbeit nicht mehr wesentlich erschafft und die gesellschaftlichen Bedürfnisse selbst in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung deckt, indem sie ihre Arbeitskraft und einen Teil ihres Lebens verkaufen, sondern ihre Arbeit wird zur tödlichen Arbeit und der Arbeiter ist dadurch und durch das Kapital schon in der Arbeit in den deutschen Fabriken Teil der militarisierten Produktion bzw. ein Teil besteht schon in seiner Mobilmachung als Soldat und Mörder an seinesgleichen.

Der „Wahlkampf des Proletariats“ ist und hat es zu werden: „Klassenkampf statt Wahlkampf.“ Er hat diesen Verfolgten längst in unserem Lande an der Seite zu stehen. Keiner wird ausgewiesen!! Es geht nicht um ihre Ausweisung, sondern darum, die zu enteignen, die den Mord und den Totschlag an Millionen Menschen sich im eigenen Land ermöglichen möchten, darum hat das Volk und insbesondere die Arbeiterbewegung sich einzusetzen. Dagegen!!: Mal schon in der gesetzlosen Jagd auf Menschen, ohne Gesetze, sondern in reiner Willkür vom staatlichen Gewalten-Apparat, die Flüchtlingen ihre nicht vorhandene Arbeit und damit des Verkaufs der Arbeitskraft den Flüchtenden verweigert – dass ihre imperialistische Ökonomie sich in der längsten und tiefsten

Wirtschaftskrise befindet und auch keinen Ausweg mehr kennt als den Krieg gegen die Völker.

Jeder, der nicht blind wurde bei all diesen Verbrechen an der Menschheit, wird darin eine erste Parallele zu 1933 sehen müssen – was zum Millionen-Mord in ganz Europa geführt hat –, da sie außerhalb der Menschheit gestellt wurden, da in ihren Adern kein! arisches! Blut! floss. Mit dergleichen versucht es gerade der Trump in den USA - die Einwanderer der Monopol-Bourgeoisie aus dem Land zu treiben. Mögen auch darin schon nicht wenige Menschen ihr Leben gelassen haben, vom Kleinkind bis zum Alten – wo der Tod über das Leben bestimmend wird.

Darin bedarf es wahrlich der Blasphemie in der bürgerlichen Politik – man könnte die AfD nicht verbieten. Sie müssten sich ja nur an ihre eigenen bürgerlichen Gesetze halten. Wie darüber hinaus sie bewiesen haben, dass diese ihnen nicht einmal einen Fetzen Papier wert sind – wenn es um die Arbeiterpartei ging, die KPD – verboten in den 50er Jahren und dies bis heute. Was für eine bürgerliche Heuchelei. Woran kein Arbeiter auch nur ein Fünkchen Wahrheit erkennen kann, aber auch nicht darf. So viel, worin das Bürgertum das Volk aufgerufen hat. „GEBT uns weiter die MACHT im Regieren. Schert Euch nicht, dass wir Hunderttausende entlassen, die nackte Verelendung über Euch bringen, die Gesellschaft kriegstauglich machen und wir uns im Raub an der Macht halten möchten – gegen Euch Arbeiter und eure revolutionäre Klasse. Und darin gibt es auch kein Asylrecht mehr wie seit dem Ende des Weltkriegs... Wählt uns und die Welt wird: Dann wird sie eben weiter zu einem Planeten, wo die Evolution von mehreren Millionen Jahren wir Milliardäre in die Hand nehmen – unsere Klasse wird sie voraussichtlich noch überleben – nach der Faschismus und Krieg führenden Klasse kann es so sein: „*Nach uns die Sintflut*“. Oder: Eben Hitler, bevor er sich das Gift gab. „*Dieses deutsche Volk war nichts wert*“. Derjenige ist und wäre in den Glauben verfallen, die Annexion der DDR spiele nach mehr als 30 Jahren keine Rolle mehr im antinationalen Verhalten der Politik des deutschen Imperialismus – im heutigen Ansturm des Faschismus und im Krieg gegen das Proletariat und Volk! Was für einem Irrtum unterliegt er!?

Exekutivkomitee des ZK
30.1.2025

Nachtrag:

„Wird erst das Elend die Furcht besiegen“!

Nach dem Tag im Parlament der Beschaffung der Mehrheit für den Chauvinismus, des Rassismus und deutschen Nationalismus, der die Nation selbst angreift durch den sich erhobenen Anführer Merz, wie darin hergestellten Schlepptau der CDU zu der reaktionären und weitgehend

Faschisten-AfD, war der Tag nicht mehr wie die Tage zuvor: Austritte aus der CDU. „Altkanzlerin“ Merkel sah ihre Brüning-Politik beschädigt „durch Wortbruch“, wie sie sagte, von Merz und seinen Kumpanen in der CDU/CSU unter Beteiligung der FDP und freien! Abgeordneten und das gesittete, demokratisch gesinnte Bürgertum war in einer wahren Geschwindigkeit im Aufmarsch gegen ihre Partei des Bürgers. Ob in Berlin 7000 gegen die CDU-Zentrale, ob in Hannover, Mainz, Duisburg, Frankfurt, München, Hamburg mehrmals und um die 10.000 und weitere in einzelnen Städten, wie in den nachkommenden Tagen brodelte es in Aufmärschen des Bürgers – aller Couleur.

Keine Drei Tage später bestätigten die Abgesandten der Bourgeoisie: die kapitalistische Wirtschaftsordnung verlangt, dass ihre Agenten des aggressivsten Monopolkapitals im Bundestag das Parlament und den Parlamentarismus in einen Hort des Krieges verwandeln und alle bürgerlich-demokratischen Spielregeln schon mal faschistisch unterwandern. Darin sah die CDU/CSU und ihr Anführer Merz als Mehrheitsbeschaffer für ein Gesetz, das in der Menschenverachtung des deutschen Nationalismus sich überbietet, zur Abstimmung zu geben, eine weitere oder erneute Gelegenheit, die Faschisten, die AfD mit den reaktionären und konservativen Parteien zu vereinen.¹ Die Realität zeigte: das Parlament und die sich darin befindenden Parteien sind längst sturmreif geschossen, um mit voller Beteiligung der AfD darin im Volk die Kriegsbereitschaft und ihre notwendige darin gegebene Mobilmachung des deutschen Kriegs und Völkermords dem deutschen Imperialismus zu beschaffen. Wenn eben kein Bogen Seidenpapier in der Haltung zu der Gesetzesvorlage zum “Zuzugs-Gesetzes-Vorschlag“ in den Parteien des Bürgertums sie voneinander trennt. Was das Abstimmungsergebnis offenbarte. Und die geringen Widersprüche sind nicht in der Gesetzesvorlage der CDU/CSU zu finden. Sondern, sie hätte die Furcht erfasst – das Elend der Scham und Konkurrenz der Parteien untereinander eben nicht zu offenbaren: es trennt uns nicht die Haltung, die die Ausweisung der Flüchtlinge, aus Ländern der Kriegsbarbarei, wie darunter die politischen Emigranten und Exilierten bis zum Kleinkind - ohne noch Anwendung des bürgerlichen Gesetzes und an seine Stelle tritt die Polizeigewalt etc. Und die Nicht-Einreise in die BRD noch zu ermöglichen. Es trennt uns nur diese Fata-Morgana, errichtet für das Volk, – auch wir anderen der bürgerlichen Parteien, diese „Brandmauer“-Einreisser, indem wir die AfD in unsere Reihen aufnehmen – per Handaufhebung für dieses nationalistische, rassistische Gesetz. Mögen dabei alle schon mal geleisteten Unterschriften unter den internationalen Vertragsverpflichtungen, ob UNO oder in der EU, dem deutschen Ansturm des Faschismus und Krieg im Parlament zur Disposition und kommende Vernichtung darin gestellt werden. Die

¹ *Erneute Bereitschaft der CDU, mit der AfD zusammenzugehen im Ausgrenzungs-Gesetz und Demos gegen CDU 30.1.*

Behauptung für bare Münze zu nehmen, der Angriff der CDU/CSU und ihrer Mehrheitsbeschaffung mit der AFD und weiteren Abgeordneten wäre durch wenige Abgeordnete gescheitert, die zur Mehrheit fehlten, wäre wie sich einer Illusion hinzugeben.

Da beweist sich eben: Wer gegen den Kapitalismus nicht kämpft, wird den Faschismus und Krieg erhalten². In der den Worten von Brecht liegenden Ermahnung: „**Wird erst das Elend die Furcht besiegen**“.

Das Aufbegehren derer in dem demokratisch bürgerlichen Regieren und darin ihres ersehnten Parlamentarismus mag der Haltung des Bürgertums entsprechen. „*Wir sind nicht die Gegner des Kapitalismus – wir sind ihr Befürworter – soweit er uns nützt und den Wohlstand sichert*“. Und darin eine Gegnerschaft zu sehen, sie hätte die Furcht erfasst, das Elend aus der Welt, das nicht zuletzt die deutsche Bourgeoisie und ihrer Zustimmung im unteren Bürgertum mit diesem Verbrechen an der Menschheit mit schuf, würde sie sich gegen ihre Partei des Monopolkapitals der CDU/CSU oder aller weiteren dagegen in Kampf bringen oder abwenden, kennt unser deutsches Bürgertum eben nicht.

Es ist die Arbeiterklasse, und wir Kommunisten, die darin den unübersichtbaren, realen Beweis erhalten haben und sehen: die „Brandmauer“ kann nur das Proletariat sich errichten, indem es seine Stimme erhebt! Im Kampf, darin im Streik in der Republik, – denn was soll denn noch geschehen und weiter benötigt werden an Beweisen für den Boykott des vorgezogenen Bundestagswahlkampf – im aktiven Boykott des Proletariats, gegen die und in die allgemeine Verelendung durch die Massenentlassungen aller Monopolisten und Zerschlagung der Werke die Arbeiter und Werktätigen stehen müssen, in Einheit eben mit allen nationalen Minderheiten im ganzen Land gegen den Nationalismus und Rassismus und menschenverachtende Haltung per Staat und Regierung, etc. der dort versammelten Kriegsparteien entgegen zu stehen haben. Der Rassismus, der Chauvinismus und Nationalismus sind das Gift und das Opium, das die Kapitalisten und ihre Parteien über das Volk ausschütten und weiter Kübelweise weiter ausgeschüttet wird – um das von ihr in der Vernichtung stehende Privateigentum gegen das Volk zu retten. Um nicht selbst Teil derjenigen im Bürgertum zu werden, in der letztendlichen Enttäuschung darin, dass die offene Gewalt - der Faschismus eben - bestimmt und nicht die zeitweilige bürgerliche Demokratie. Es gelten darin eben die Aussagen umso mehr von Brecht in Zeiten wie diesen: „**Wer den Privatbesitz an Produktionsmitteln nicht preisgeben will, der wird**

² Anmerkung: Darin beweist sich: Wer bezahlt, bestimmt! Das gilt zurecht in der Parteienfinanzierung. Sie besteht aus Geld der Kapitalisten in Überweisung von Parteispenden und sie werden aufrecht erhalten vom Staat und seiner Parteien-Finanzierung. Nicht allein darin, was ist der Preis einer Wahlstimme wert, sondern tagtäglich in Eigentumsübertragungen oder kostenloser Werbung im Fernsehen, Zeitungen etc.

Faschismus und Krieg nicht loswerden, sondern ihn erhalten. Denn der Krieg ist selbst ein Geschäft, auch derjenige, der verloren wird“.³

Arbeiter, was Dir bleibt, ist: – DIE Revolution – darin liegt „Deine Wahl“ in der Enteignung des Privateigentum – und in deiner demokratischen Macht der Diktatur des Proletariats! Des SOZIALISMUS – dafür hast Du schon den Beweis erbracht!

*Exekutivkomitee des ZK
30./31. Januar 2025*

³ *Anmerkung: „Wer den Privatbesitz an Produktionsmittel nicht preisgeben will, der wird Faschismus und Krieg nicht loswerden, sondern ihn erhalten. Denn der Krieg ist selbst ein Geschäft, auch derjenige, der verloren geht (B. Brecht)*

Es wird kein Drittes Mal geben: Wo noch mal Deutsche behaupten dürfen: „Wir haben von nichts gewusst!“ Statt dem Ansturm des Faschismus vorweg zukommen: Wer Scholz wählt – wählt Merz und die AfD – und erhält Krieg und Faschismus – *Kein Cent für den Krieg, Runter mit der Lohnsteuer. Kein Mann für den Krieg: Stattdessen Streik gegen Massenentlassung und Verelendung der Arbeiter und des Volks – KLASSENKAMPF statt Wahlkampf – Keine STIMME dem Faschismus und Krieg – Keine Stimme für eine Regierung des Kapitals!*

ZUM 5-PUNKTE-PLAN DER CDU UND DEM NEUEN 15-PUNKTE-PLAN

Wer von Recht und Ordnung spricht und das Völkerrecht und das Grundgesetz ad acta legt oder: Nationalismus und Rassismus braucht, wer den Krieg führt.

Innerhalb weniger Stunden wurde zerfetzt, was schon durchlöchert und unkenntlich war:

Das Asylrecht, einst gerade dieser Bundesrepublik diktiert, dem Land, das die Flucht vor dem Mord perfektioniert hatte, wird es hier nicht mehr geben. Zurückgewiesen sollen sie *alle* werden. So beschlossen als Zielvorstellung der neuen Regierung: „Es gilt ein faktisches Einreiseverbot für Personen, die keine gültigen Einreisedokumente besitzen und die nicht unter die europäische Freizügigkeit fallen. Diese werden konsequent an der Grenze zurückgewiesen. Dies gilt unabhängig davon, ob sie ein Schutzgesuch äußern oder nicht.“ Gerade letzteres aber ist es, was die Genfer Flüchtlingskonvention ausdrücklich ermöglichen wollte: Die Einreise auch ohne Pass, um ein Schutzgesuch äußern zu können. Passé in diesem Land des Kriegs 2025.

Das Recht, sich gegen Inhaftierung wehren zu können, und dass der Freiheitsentzug stets gerichtlicher Kontrolle unterliegen muss – wer braucht das noch in Zeiten des Kriegs? „Personen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, dürfen nicht mehr auf freiem Fuß sein. Sie müssen unmittelbar in Haft genommen werden.“ Und: „Ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder sollen in einem zeitlich unbefristeten Ausreisearrest bleiben, bis sie freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren oder die Abschiebung vollzogen werden kann.“ Schutzhaft nannten die Nazis die unbegrenzte Inhaftierung.

Nie hätte dieses Land überhaupt wieder eine zentrale Polizei haben dürfen. Mit der Annexion der DDR wurde sie in Gänze aufgebaut und ihre Befugnisse peu a peu erweitert: Die Bundespolizei. Nun wird sie, wieder, was diesem Land gerade untersagt sein sollte mit dem Potsdamer Abkommen: Eine Polizei ohne jegliche Kontrolle: „Die Bundespolizei muss die Befugnis erhalten, bei im eigenen Zuständigkeitsbereich aufgegriffenen, ausreisepflichtigen Personen auch selbst und unmittelbar

Haftbefehle für Abschiebehaft oder Ausreisegewahrsam beantragen zu können.“

Noch wenige Ergänzungen, **wie EU-Recht hier offen gebrochen wird:**

- Zurückweisung an den Grenzen: Verstoß gegen Genfer Flüchtlingskonvention, Art. 16a GG, non-refoulement Verbot, Dublin III VO
- Abschiebung nach Afghanistan/Syrien etc.: Verstoß gegen Art. 3 EMRK
- unbegrenzte Inhaftierung/Arrest: Verstoß gegen *Habeas Corpus* Akt, Verstoß gegen Art. 5 EMRK
- Zwingende Ausweisungen bei Straftaten zwingend sein: Diese Regelung wurde bereits 2015 durch den EGMR und das Bundesverfassungsgericht für rechtswidrig erklärt

Und zu sagen ist auch dies:

Es war die „Ampel-Regierung“, die mit den Zurückweisungen an den Grenzen begann und diese einführte. Es war die „Ampel-Regierung“, die bereits erste Abschiebeflüge nach Afghanistan durchführte. Es war die „Ampel-Regierung“, die die Abschiebehaft ausweitete und für GEAS – das Außenlagersystem an den europäischen Grenzen samt Grenzverfahren, und damit Inhaftierungen - stimmte. Es war die „Ampel-Regierung“, die das Ausweisungsrecht mehrfach in den letzten Jahren verschärfte.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Januar 2025*

ZUM KAMPF GEGEN DIE WEHRPFLICHT ALS TEIL DES ANTIKRIEGSKAMPFES EINE MOMENTAUFNAHME

Schafft Komitees gegen die Wehrpflicht! Kampf der Kriegsmobilmachung!

Die Aufgabe ist gestellt. Zeit wurde es. Schließlich kann die FDJ und einzelne Ortsgruppen der Organisation durchaus feststellen, dass die Bundeswehr unter der Jugend nicht nur Freunde hat. Die Linksjugend Dortmund hat beschlossen, unbedingt Komitees gegen die Wehrpflicht aufbauen zu wollen. Sie brauchen Material, um loslegen zu können am großen Berufsschulzentrum.

In München kommen zwölf gänzlich neue Jugendliche zum Roten Abend der FDJ, weil sie dazu einlädt, sich den antimilitaristischen Kampf in der Bundeswehr anzusehen. Ein Kämpfer des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD berichtet darüber, wie sie in den 70er und 80er Jahren gearbeitet haben. In Köln wirbt die Ortsgruppe schon Ende November für eine Veranstaltung: „Was tun gegen die Wehrpflicht“. Die Plakate werden im zentralen Hörsaalgebäude der Universität, im Mensagebäude, an der FH und in zwei linken Stadteilläden aufgehängt (neben der obligatorischen Berufsschulverteilung). Es wird das Gespräch gesucht unter Linken, die mit der DFG-VK eine Veranstaltung zur Wehrpflicht machen. Und es stellt sich heraus: Da ist eine Ebene, eine Grundlage für eine Einheit, die praxistauglich – und darauf wird es ankommen – werden könnte. Auf die Veranstaltung kommen zwei bis drei wegen des Aushangs in der Universität (und eine gute Handvoll „Alter“, die der Ortsgruppe wohlgesonnen sind). Die Wochen vergehen, aber die Genossen der Ortsgruppe und der FDJ gehen den Veröffentlichungen der Bundesregierung nach (auf Anfrage der Linkspartei im Bundestag), wo und wann die Bundeswehr in Köln (neben dutzenden anderen Städten) im Frühjahr in Schulen und auf Berufsmessen auftritt. Die Kontakte können jetzt angerufen werden, Mitte Februar ist ein Termin, zu dem die DFG-VK und evtl. weitere kommen wollen, um der Berufsmesse etwas mitzuteilen. Die Genossen lernen einen Lehrer kennen, der in Berlin im Lehrerzimmer als Einziger offen dagegen protestierte, dass die Bundeswehr an die Schule

kommt. Ihm kann die Stellungnahme einiger GEWler aus Offenbach nützlich sein, wie er sagte.

Und dann melden sich drei Mitglieder der Linksjugend Ludwigsfelde, südlich von Berlin, im heutigen Brandenburg. Sie wollen in die FDJ, sie haben angefangen, sich mit Marx zu beschäftigen und festgestellt, dass man damit in der Linksjugend an seine Grenzen stößt. Es gibt nichts anderes dort. Außer die Faschisten, die in allen anderen Kreisen drumherum die Ansagen machen. Sie laufen gerade Gefahr, dass ihnen ihre Strukturen flöten gehen, weil die Linkspartei aus dem Landtag geflogen ist – an ihnen lag es nicht, sie sind im Wahlkampf von Haustür zu Haustür gezogen und machen es in diesen Wochen wieder. In allen anderen Kreisen macht das nur noch die AfD. Die Linkspartei steht, wo sie steht. Wenn sie in der annektierten DDR vollends zusammenkracht, wird der Jugend in weiten Teilen der blühenden Unkrautlandschaften die letzte Struktur genommen, die sie nutzen kann. Sie wäre blöd, es nicht zu tun. In den Laden der Linkspartei kommen zu ihnen, zum Treff der Linksjugend, eigentlich alle aus Ludwigsfelde, die noch geradeaus sehen können. Sie sind immer wieder 60 junge Leute, was anderes gibt es nicht. Der Kreisvorsitzende ist nicht begeistert über die FDJ, aber sie sollen mal machen. Nebenan solle eine neue Kaserne entstehen - „da muss was passieren“. Und wir fahren nach Ludwigsfelde, wir haben die Drei in Berlin zum LL-Weekend bereits persönlich kennengelernt.

Und vielleicht wird es ihre Arbeit in der Linksjugend, die sie nicht wegen der FDJ beenden sollten, festigen, wenn sie Kontakt nach Dortmund und zu Zweien aus Traunstein im Alpenvorland aufnehmen, die in der dortigen Linksjugend aktiv sind und seit einigen Wochen Kontakt zur FDJ München suchen. Viel hängt davon ab, die Initiative „**Schafft Komitees gegen die Wehrpflicht! Kampf der Kriegsmobilmachung!**“ in möglichst vielen Städten bekannt zu machen. Durch die Kommunisten in Einheit mit der FDJ. Ohne dabei wegen jedem Punkt und Komma die Einheit zu zerreden – es zählt die Aktivität, wie die der Regensburger FDJ-Gruppe, die nach jeder Aktion gegen einen Bundeswehrladen im großen Einkaufszentrum der Stadt in der Regional-Zeitung landete und nicht zuletzt deswegen die örtliche Linksjugend dazu nötigte, mit ihnen und nicht ohne die FDJ eine weitere Aktion im Einkaufszentrum durchzuführen, es zählt die Bekanntheit und – so die jüngsten Erfahrungen – der Schritt über die Stadtgrenzen in die Städte, die weniger in der Hand allzu kleinbürgerlicher Organisationen liegen (siehe etwa die Versuche der OG Frankfurt, in Friedberg und in Mannheim Veranstaltungen gegen die Wehrpflicht zu organisieren).

Die Initiative entspringt der Situation, dass unter der lernenden Jugend keine Mehrheit kriegsbesoffen auf den Marschbefehl wartet, aber weit entfernt davon ist, ihre intuitive Ablehnung schon in den Reihen der FDJ konkret werden zu lassen. Es ist der Versuch, der Unorganisiertheit in Kriegszeiten eine akute Antwort zu geben. Hier darf nicht nach Schema F

vorgegangen werden. In der einen Stadt kann sich ein Komitee bilden und zu einem regelmäßigen Treffen einladen, in der nächsten – und das wird das Wesentliche sein – wird es vor allem um die konkrete Aktion gehen, kollektiv gegen die Armee des Krieges zu handeln. Die Briefe an alle 18Jährigen zu sammeln und zu zerreißen, dem Jugendoffizier ein Schnippchen zu schlagen und und und. Die Initialzündung müssen die Kommunisten und Revolutionäre geben. Dass sie die Stimmen, die Verteiler aus der Gewerkschaft, gerade der IG-Metall, gebrauchen können, wissen die kommenden Komitees selbst nicht, sie kennen es nicht.

Auf zur Tat – und erst recht in den kommenden Wochen des Klassenkampfes statt des Wahlkampfes, denn ersteres ist immer noch konkret.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Januar 2025*

SPLITTER
ZUR JÜNGSTEN ENTWICKLUNG DES
NOTSTANDS DER REPUBLIK IM KRIEG
JANUAR 2025

Das Deutsche Heer errichtet eine Heimatschutzdivision für den Krieg gegen die Arbeiter und das Volk hierzulande wie auch für die Absicherung des deutschen Kriegs an der Ostfront gegen die Arbeiter und Werktätigen der ehemaligen Sowjetunion

Die deutsche Mobilmachung, die im Dritten Weltkrieg enden wird, falls die Arbeiterklasse ihm nicht zuvor kommt in ihrem Widerstand, der letztlich in der Arbeiterbewaffnung nur gewonnen werden kann wie in den Roten Brigaden, die den Zweiten mit beendeten, dieser Krieg erfordert die Unterstellung der bisher 42 Heimatschutzkompanien, der 16 Landeskommandos mit einem kleinen, befehlshabenden Offizierskontingent und tausenden Zivilisten im Soldatenrock - die immer ein unsicherer Kantonist im Krieg sind – der deutsche Krieg erfordert die Beherrschung der Reservisten durch aktive Soldaten sowie die Zentralisierung des Heimatschutz in der direkten Unterstellung des Heeres, der grössten deutschen Teilstreitkraft.

Dem Oberkommando des Heeres unterstellt wird der Heimatschutz nun neben drei bestehenden Divisionen (eine Division besteht aus etwa 20.000 Soldaten) als vierte Division, der Heimatschutzdivision.

Der gesamte Heimatschutz umfasst neben den Reservisten, der Streikbruchbande THW auch die meisten Hilfsorganisationen wie Rotes Kreuz, DLRG, Johanniter etc. mit etwa 2 Millionen Freiwilligen und tausenden Festangestellten. Dieser zivile Heimatschutz mit seinen Kooperationsverträgen mit der Bundeswehr unterliegt nun ebenfalls dem Stab der Heimatschutzdivision, einer kämpfenden Truppe, ob an der Ostfront oder in Afghanistan, Mali etc. Das ist ein gewaltiger Unterschied zu den Landeskommandos der Bundeswehr, die nicht in den Bürgerkriegen und der Niedermetzelung von Völkern im Ausland ihr blutiges Handwerk über Jahrzehnte nach der Annexion der DDR vollzogen. Das ist eine neue Qualität in der Mobilmachung und Militarisierung der Gesellschaft. Von im Bürgerkrieg gegen die Völker geübten deutschen Soldaten.

Die 6 Heimatschutzregimenter, die seit August 2021 neu formierte Reserve des Kapitals in den Betrieben mit ihnen unterstellten 42 Heimatschutzkompanien im ganzen Land gliedert der Generalstab nun der Heimatschutzdivision ein mit zur Stunde 6.000 Reservisten in den Regimentern. Damit umfasst die Division beileibe keine 20.000 Soldaten wie auch Reservisten, eine konkretere Planung zum Aufwuchs hat das Militär bislang nicht veröffentlicht. Nur, dass die neue Division am 1. April 2025 offiziell in Dienst gestellt wird.

Erstmals in großem Umfang geübt mit 1.400 Reservisten der Heimatschutzkompanien wurde im letzten Jahr im Rahmen des riesigen Nato-Manövers Quadriga. Da übernahmen die organisierten Reservisten die Absicherung des Transports von Soldaten und Waffen durch die BRD zur Verlegung in den Krieg gegen Russland. Ob Überland oder auch an Häfen wie Hamburg, Bremerhaven etc., worüber wir mehrfach berichteten.

Die Heimatschutzregimenter, jetzt zentralisiert in einer Heeresdivision mit Berufsmördern der Bundeswehr, stehen nicht nur in den Betrieben der Kapitalisten und staatlichen Stellen, nun sind sie direkt dem Oberbefehl einer Kriegsmaschine unterstellt, wodurch die Stellung des Kapitals gestärkt wird. Der Einsatz aktiver Soldaten gegen eine Arbeiterklasse im Widerstand wird wesentlich vergrößert und erhält einen anderen Charakter, darüber müssen wir uns klar werden. Umso dringlicher ist der Rauswurf dieser Banden aus den Gewerkschaften und Betrieben. Denn:

„Längst werden auch Privatunternehmen in die Vorbereitungen auf einen möglichen Krieg eingebunden. So riet etwa Oberstleutnant Jörn Plischke, Kommandeur des Bundeswehr-Landeskommandos Hamburg, im November einer Versammlung von Unternehmern, einzelne Beschäftigte für den Heimatschutz abzustellen: „Das zu unterstützen kostet Sie im Jahr wenige Tage“; „in der Krise“ habe man dann jedoch „einen direkten Link zu den Leuten, die Hamburg schützen werden“.[10] Außerdem empfahl er, „auf hundert Mitarbeiter mindestens fünf zusätzliche Lkw-Fahrer“ auszubilden: In der Bundesrepublik seien 70 Prozent aller Lkw-Fahrer Osteuropäer, die im Kriegsfall in ihren Heimatstaaten eingezogen würden. Plischke plädierte zudem, sich Antworten auf Fragen wie diese zurechtzulegen: „Was tun, wenn verbündete Truppen durch unsere Stadt müssen? Was tun, wenn die Elbe gesperrt ist, das Schienennetz angegriffen wird? Was tun, wenn Rewe und Aldi wegen Strommangel nicht öffnen können, die Straßen von Militärkolonnen genutzt werden und Wasser nicht mehr aus dem Hahn fließt? Experten weisen darauf hin, dass im Kriegsfall jederzeit auch ein direkter staatlicher Zugriff auf Privatunternehmen möglich ist. „Wenn es zur Abwendung schwerwiegender Gefahren unerlässlich sein sollte“, konstatiert der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), „würden die Regelungen sogar eine Umstellung der gesamten Wirtschaft auf Planwirtschaft durch den Staat erlauben“ – auf eine direkte Kriegswirtschaft.“

gfp, 13.1.25

Längst verlangen die Militaristen die schnellere Einführung der Wehrpflicht wie Florian Hahn der CSU, „Verteidigungs“politischer Sprecher der CDU/CSU im Bundestag.

Und „besonders wichtig, dass schnell eine Vollaussattung der Heimatschützer mit einsatzbarem Material erfolgt.“ FAZ, 14.1.25

Ausserdem verlangt er in ganz Deutschland Heimatschutz-Standorte, also flächendeckend.

Krieg der Bundeswehr im eigenen Land – Abschuss von Drohnen „Bundeswehr soll bei Gefahr Drohnen in Amtshilfe abschießen dürfen

Veröffentlicht am 15.01.2025 von T. Wiegold

Die Bundeswehr soll künftig auch in Friedenszeiten Drohnen über Deutschland abschießen können, wenn von ihnen eine besondere Gefahr ausgeht. Einen entsprechenden Vorschlag für eine Änderung des Luftsicherheitsgesetzes hat das Bundeskabinett am (heutigen) Mittwoch auf den Weg gebracht. Ob die Neufassung noch vor der Neuwahl des Parlaments verabschiedet wird, ist offen.

Bislang dürfen die Streitkräfte zwar unbemannte Luftfahrzeuge über ihren eigenen Liegenschaften bekämpfen. Überall sonst ist das aber Aufgabe der Polizei, und der Abschuss von Luftfahrzeugen, manche mögen sich erinnern, ist nach heftiger Debatte und Verfassungsgerichtsurteil aus guten Gründen sehr begrenzt – zumal die gesetzlichen Regelungen bisher nur auf bemannte, und das bedeutet auch: zivile Flugzeuge mit Passagieren abzielten.

Die Neuregelung soll die Möglichkeiten der Amtshilfe der Bundeswehr ausweiten, für die Fälle, in denen die Polizei Drohnen zwar bekämpfen dürfte, aber mangels Technik nicht kann. Die Streitkräfte wiederum, so versicherte ein Ministeriumssprecher nach der Kabinettsentscheidung, hätten durchaus das Gerät, Drohnen vom Himmel zu holen. Ob und was der Bundeswehr da im Spektrum zwischen (!) schwerem Maschinengewehr einerseits und Lenkflugkörper andererseits überhaupt zur Verfügung steht, wollte er aus Gründen der militärischen Sicherheit nicht sagen.“

Zu dem Gesetzesvorschlag gibt es eine Mitteilung des zuständigen Bundesinnenministeriums; zudem war es ausführlich Thema in der Bundespressekonferenz, wo sich neben BMI-Sprecher Maximilian Kall auch für das Verteidigungsministerium Oberst Mitko Müller äußerte.

augengeradeaus, 15.1.25

Generalstabsoffiziere hetzen Arbeiter und Werk tätige zum Krieg und Völkermorden auf

„Bundeswehr-Kommandeure fordern Einstimmung der Bevölkerung auf Kriegssituationen, dringen auf stärkeren „Willen zur Selbstbehauptung“.

Eine steigende Zahl an Kommandeuren der Bundeswehr, darunter ganz besonders solche, die „Heimatschutz“-Einheiten befehligen, dringen darauf, die deutsche Bevölkerung auf einen möglichen Krieg inklusive militärischer Angriffe auf die Bundesrepublik vorzubereiten. „Verteidigung und Widerstandsfähigkeit sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben“, erklärt etwa General Christian Badia, stellvertretender Kommandeur des Allied Command Transformation (ACT) der NATO in Norfolk (US-Bundesstaat Virginia), in einem Interview, das das deutsche Verteidigungsministerium zu Jahresbeginn verbreitet.[1] „Sicherheit“ dürfe nicht mehr nur „Aufgabe der Polizei im Inneren und der Bundeswehr im Rahmen der äußeren Sicherheit sein“, fordert Badia. Vielmehr müssten „unsere Gesellschaften“ in Zukunft „in der Lage sein, strategische Schocks ... bestehen und überwinden zu können“, etwa „einen langfristigen Stromausfall aufgrund eines Cyberangriffs“. Ein klarer „Wille zur Selbstbehauptung“ sei erforderlich. Als Beispiel dafür, „wie das geht“, nennt Badia die Ukraine, deren Bevölkerung die Fortsetzung des Krieges bis zum Sieg lange mehrheitlich befürwortet und ein Leben unter Feuer ertragen hat. Auf die Frage, welche Rolle in Krisen und Kriegen „das Mindset der Bevölkerung“ spiele, antwortet Badia: „Eine sehr entscheidende!“

„Die Angriffsphase läuft schon“

Ähnlich äußern sich auch mehrere Kommandeure von Landeskommandos der Bundeswehr, denen es unter anderem obliegt, die Heimatschutzregimenter zu führen – im Wesentlichen aus Reservisten gebildete Truppen, die im Falle einer Krise oder eines Krieges zur Sicherung der „Heimatfront“ eingesetzt werden.[2] Zu ihrer Tätigkeit zählt es auch, die Inlandsaktivitäten der Bundeswehr mit den zuständigen zivilen Stellen abzustimmen. „Wir müssen am Mindset der Bevölkerung arbeiten“, erklärt im Hinblick darauf beispielsweise der Kommandeur des Landeskommandos Baden-Württemberg, Kapitän zur See Michael Giss.[3] Giss war Anfang Januar im Gespräch mit der Schwäbischen Zeitung aus Ravensburg einerseits bemüht, eine gewisse Alarmstimmung zu kreieren. Man erlebe aktuell „eine Angriffsphase des Gegners“ – Russlands –, „die schon läuft“, äußerte er.

Andererseits suchte Giss die Lage, die bei einem Krieg gegen Russland zu erwarten wäre, plastisch zu schildern, um die Bevölkerung auf Einschränkungen und auf Leid vorzubereiten.

gfp, 7.1.25

Denn es braucht der Staat sie, alle die entnazten Nazi ...

„Rechtsextreme auf freiem Fuß: 555 Neonazis mit offenen Haftbefehlen gesucht:

Hunderte Haftbefehle gegen Neonazis seien derzeit nicht vollstreckt, informiert Gareth Joswig. "Die 730 Ende September nicht vollstreckten Haftbefehle bedeuten eine leichte Abnahme gegenüber April 2024, als es noch 799 offene Fahndungen gab. Höchststand war im Herbst 2022, als es

915 offene Haftbefehle gegen 674 Neonazis gab. Insgesamt ist die Zahl der mit Haftbefehl gesuchten Rechtsextremen in der letzten Dekade rapide angestiegen: Seit 2012 werden die Zahlen im Halbjahresrhythmus erhoben. Damals wurden 'nur' 266 Neonazis mit offenen Haftbefehlen gesucht." taz, 6.1.25

Milliarden für Krieg und Vernichtung vor Neuwahlen beschlossen – von den „Friedensparteien“

„Die Bundesregierung hat 2024 fast doppelt so viele Rüstungsprojekte gestartet wie 2023 und Rüstungsexporte in Rekordhöhe

BERLIN (Eigener Bericht) – Die Bundesregierung beendet das Jahr 2024 mit mehreren neuen Rüstungsrekorden. Am Mittwoch hat der Haushaltsausschuss des Bundestags 38 neue Rüstungsvorhaben genehmigt und damit die Gesamtzahl auf 97 gesteigert; im vergangenen Jahr waren es lediglich 55. Zudem hat der Wert der deutschen Rüstungsexporte schon vor Jahresende den bisherigen Rekordwert aus dem Jahr 2023 deutlich übertroffen und liegt nun bei 13,2 Milliarden Euro. Vor zehn Jahren waren es lediglich vier Milliarden Euro. Beliefert werden neben der Ukraine, die allein 62 Prozent der deutschen Ausfuhr von Kriegsgerät absorbiert, die Türkei, Israel sowie potenzielle asiatische Gegner Chinas, darunter Indien, dessen Waffenkäufe in Russland Berlin künftig verringert sehen will. Im Inland profitieren von der massiven Aufrüstung sämtliche Teilstreitkräfte, darunter das Deutsche Heer, das Milliardenbeträge für die Digitalisierung seiner Operationen erhält, insbesondere jedoch die Deutsche Marine. Sie erhält U-Boote für 4,7 Milliarden Euro, die im Nordatlantik gegen Russland eingesetzt werden können, und neue Luftverteidigungsfregatten für – Folgekosten inklusive – wohl rund 25 Milliarden Euro.

Rüstungsexporte

Ebenfalls am Mittwoch hat das Bundeswirtschaftsministerium neue Rekordzahlen zum deutschen Rüstungsexport vorgelegt. Demnach sind die Genehmigungen zur Ausfuhr von Rüstungsgütern bereits im vergangenen Jahr auf den – damaligen – Rekordwert von 12,13 Milliarden Euro gestiegen. Das war bereits fast die Hälfte mehr als im Jahr zuvor (8,36 Milliarden Euro). In diesem Jahr verzeichneten die Rüstungsexportgenehmigungen der Bundesregierung einen erneuten Anstieg auf einen neuen Rekordwert von 13,2 Milliarden Euro; dieser wurde allerdings bereits am 17. Dezember erreicht. Ein zusätzlicher Anstieg in den letzten Tagen des Jahres ist nicht ausgeschlossen. Zum Vergleich: 2014 erlaubte Berlin die Ausfuhr von Rüstungsgütern im Wert von knapp vier Milliarden Euro. Damit liegt die Zunahme binnen nur zehn Jahren bei einem Plus von mehr als 200 Prozent. Haupttriebkraft des Anstiegs sind Waffenlieferungen an die Ukraine.“

gfp, 20. Dez 2024

Dagegen verweigert die spanische Regierung einen höheren Rüstungsetat, mit 1,3% des BIP liegt das Land auf dem letzten Platz der Nato-Staaten bei den prozentualen Rüstungsausgaben. Gegen den Druck anderer Nato-Staaten auf Erhöhung spanischer Ausgaben für den Krieg der grossen Imperialisten entgegnete Ministerpräsident Sanchez, sie bringen „keine Opfer für die Kriegsindustrie“ und er verwehre sich gegen das „militante Abdriften in einen neuen Rüstungswettlauf.“

Die vom deutschen Imperialismus okkupierte ehemalige Sowjetrepublik Litauen hingegen gab bekannt, ihren Rüstungsetat auf 5-6% ihres BIP zu erhöhen. Der litauische Vasall im deutschen Protektorat lässt sein Volk bluten für den deutschen Eroberungsfeldzug im Osten, dem Litauen eingegliedert werden wird

Redaktionsnetzwerk Deutschland, 17.1.25

Aus deutschem Kriegsgebiet an der Ostfront

"Warum ein deutscher Rettungssanitäter Verwundete an der ukrainischen Front versorgt" Das RedaktionsNetzwerk Deutschland berichtet über einen deutschen Rettungssanitäter, der in der Ukraine freiwillig Verwundete versorgt: "In ihren geländegängigen Kleintransportern können die Helfer in der Ukraine nur zwei Schwerstverletzte gleichzeitig transportieren. Auch Sanitäter Michael aus Deutschland ist in unmittelbarer Frontnähe im Donezker Gebiet im Einsatz. (...) Er habe nach Kriegsbeginn zu Hause in Norddeutschland gesessen und nachgedacht, erzählt der Sanitäter im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur. 'Habe mir dann gesagt: Pass auf, das machst du dein halbes Leben dann schon hauptberuflich', begründet er den Schritt, in die Ukraine zu fahren. (...) Im zurückliegenden Jahr absolvierte Michael bereits vier Einsätze, jeder dauerte jeweils einen Monat."

(RedaktionsNetzwerk Deutschland vom 06.01.2025)

Militärischer Aufmarsch auf der Ostsee und der Bruch des Internationalen Seerechts

Seit dem vorübergehenden Sieg der Neuen Bourgeoisie und der offenen Konterrevolution in der ehemaligen UdSSR sowie den Staaten der ehemaligen Volksdemokratien verwandelten die alten Imperialisten das einstmals friedliche Gewässer Ostsee in ein Aufmarschgebiet gegen Russland über und unter Wasser. Teils unter Führung des Berliner Annexionsstaats mit Kommandozentralen in Kiel und Rostock. Völlig eingekreist durch den Nato-Beitritt Schwedens und Finnlands.

Nun unternehmen die Nato-Anrainerstaaten den nächsten Schritt zur Eroberung Moskaus über die Ostsee durch die Errichtung einer „Baltic Sentry“ (Ostsee-Wache) in Rostock. Dieses Kommando soll mit Kriegsschiffen, U-Booten, Unterwasser-Drohnen fremde Handelsschiffe, besonders aus Russland kommend, im Internationalen Gewässer stoppen

und aufbrechen. Also die völlige militärische Beherrschung der Ostsee. Willkommener Anlass ist die angebliche Beschädigung von Unterwasserkabeln durch russische bzw. chinesische Handelsschiffe, die jeden Beweises entbehren. Zumal jährlich 150 bis 200 Schadensfälle bei Unterwasserkabeln registriert werden. Die meisten durch Stürme. Aber egal, Sender Gleiwitz ist Sender Gleiwitz:

„Man sei „entschlossen, Sabotageversuche abzuschrecken, aufzudecken und zu bekämpfen“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der 8 Nato-Staaten; „jeder Angriff auf unsere Infrastruktur“ werde künftig „mit einer robusten und entschlossenen Antwort beantwortet“. Wie die beteiligten Staaten im Detail vorgehen wollen, ist nicht bekannt. Berichten zufolge passieren täglich rund 2.000 Schiffe die Ostsee; ... Gesteuert werden sollen die NATO-Aktivitäten von der Commander Task Force Baltic im deutschen Marinekommando in Rostock.“ schreibt gfp.

Das Anhalten oder Aufbrechen von Schiffen in internationalen Gewässern, also bis 12 Meilen vor der Küste der Staaten, ist nach internationalem Seerecht strengstens verboten. Demzufolge dürfen Schiffe der Anrainerstaaten jene in internationalen Gewässern nicht anhalten, bedrohen, stoppen oder durchsuchen. Was Nato-Staaten aber schon mit mindestens 2 Schiffen illegal taten. 90% des Welthandels werden über die Weltmeere abgewickelt und Russland, Indien, Türkei, Iran und viele andere werden Krach schlagen, falls die Nato in der Ostsee fremde Schiffe stoppt und entert. Heute in der Ostsee, morgen im Mittelmeer und übermorgen im Schwarzen Meer? Der Angriff der Nato-Staaten ist ein hochgefährlicher Vorstoss, der zu größeren Kriegsverwicklungen führen kann, wie in der Strasse von Taiwan oder dem Südchinesischen Meer jeder sehen konnte. Es ist also kein Regionalfall der Ostsee und zeigt, wie schnell ein Weltkrieg näher kommt und wo die Imperialisten überall zündeln und selbst auf hoher See die Kriegslunte entfachen.

Das Nato-Neumitglied Finnland fordert nun gar, das Seerecht zu ändern oder es „kreativ“ zu interpretieren!

Und der deutsche Kriegstreiber ist mitten drin, denn die deutsche Kriegsmarine unterhält in Rostock nicht nur ein zentrales Einsatzzentrum, von Rostock aus sollen auch die Aktivitäten der Nato-Staaten gegen Schiffe in der Ostsee gesteuert werden. Sollten andere Nato-Staaten Soldaten nach Rostock beordern, wäre dies zugleich ein offener Bruch des 2+4-Vertrags.

Die alte Kolonialmacht Frankreich fliegt aus weiteren Ländern Afrikas

„Frankreich übergibt nächste Militärbasis

Der Abzug des französischen Militärs aus Tschad ist fast abgeschlossen, beobachtet Dominic Johnson. "Nach der Luftwaffenbasis Faya-Largeau im Norden des Landes am 26. Dezember übergaben die französischen Streitkräfte am 11. Januar auch die größere Militärbasis Abché im Osten des Landes an Tschads Armee. Nur in der tschadischen

Hauptstadt Ndjamena stehen nun noch französische Einheiten. Tschad hatte die Ex-Kolonialmacht Frankreich, seit der Unabhängigkeit 1960 ununterbrochen militärisch präsent, Ende November 2024 völlig überraschend zum Komplettabzug aufgefordert und eine Frist bis Ende Januar 2025 gesetzt."

(die tageszeitung vom 12.01.2025)

Moskau räumt Militärbasen in Syrien:

Christian Böhme kommentiert mit Blick auf die jüngsten russischen Truppenbewegungen in Syrien: "Kriegsschiffe verlassen den Hafen in Tartus, Kriegsgerät wird verladen, Kampffjets und Transportflugzeuge heben von der Luftwaffenbasis Hmeimim ab. (...) Das dürfte den Westen zunächst einmal erleichtern. Schließlich ist jede Niederlage Putins ein Grund zur Freude. (...) Nun muss sich Putin ein anderes Operationsgebiet suchen. Dafür kommt zum Beispiel Libyen infrage, wo Russland bereits mit dem mächtigen Warlord Chalifa Haftar gemeinsame Sache macht. Oder der Sudan. (...) Aber sowohl Libyen als auch der Sudan leiden unter verheerenden Bürgerkriegen. Würde Russland dort noch mehr als bisher mitmischen, bedeutete dies größere Instabilität und Chaos."

(Tagesspiegel vom 17.12.2024)

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Januar 2025*